

Aufstiegshoffnungen und Abstiegssängste

Renate Köcher

In einem Land wie Deutschland, in dem Gleichheitsideale große Bedeutung haben, werden wachsende soziale Unterschiede sehr aufmerksam registriert. Wenn die deutsche Bevölkerung ihre Vorstellungen von der gesellschaftlichen Entwicklung der nächsten zehn Jahre formuliert, wird nichts häufiger genannt als die Erwartung, dass die soziale Spreizung wächst. Die Mehrheit geht davon aus, dass die deutsche Gesellschaft in Zukunft von einer zunehmenden Polarisierung gekennzeichnet ist – zwischen Arm und Reich, zwischen den Starken und den Schwachen, auch zwischen den Generationen. Drei Viertel der Bevölkerung erwarten, dass die sozialen Unterschiede wachsen, zwei Drittel, dass immer mehr wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht mehr mithalten können.

Die Überzeugung der großen Mehrheit, dass die soziale Spreizung zunimmt, deckt sich mit der realen Entwicklung der Einkommen in den verschiedenen Schichten. So belegt unter anderem die Studie des DIW¹, dass zum einen die Oberschicht wie die Unterschicht zu Lasten der Mittelschicht wachsen, vor allem jedoch die Bevölkerungskreise, die weit überdurchschnittlich bzw. weit unterdurchschnittlich verdienen. Mitte der 1980er Jahre bezogen 6,3 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen, das maximal 50 Prozent des mittleren Einkommens betrug, 20 Jahre später 11,4 Prozent. Im selben Zeitraum erhöhte sich der Anteil,

der mindestens das Doppelte des mittleren Einkommens verdiente, von 5,3 auf 9,2 Prozent:

Ungleichverteilung der Jahreseinkommen in Deutschland im Vergleich zum Medianeinkommen im Bezugsjahr, in ausgewählten Jahren

Haushaltsnettoeinkommen*) in Prozent des Medianeinkommens								
	0-50 %	50-69 %	70-89 %	90-109 %	110-129 %	130-149 %	150-199 %	200+ %
1986	6,3	14,4	20,0	17,9	15,3	9,9	11,2	5,3
	20,7%		53,2			26,4		
1996	7,3	13,4	19,0	18,9	13,4	10,0	11,6	6,4
	20,7		51,3			28,0		
2006	11,4	14,0	17,6	14,1	13,4	9,0	11,3	9,2
	25,4		45,1			29,5		

*) retrospektiv erfragte bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen des Vorjahres

Basis: Bundesrepublik Deutschland (1986: Westdeutschland); Personen in Privathaushalten

Quelle: Sozioökonomisches Panel, zit. nach: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 10/2008

Basis: Bundesrepublik Deutschland (1986: Westdeutschland); Personen in Privathaushalten

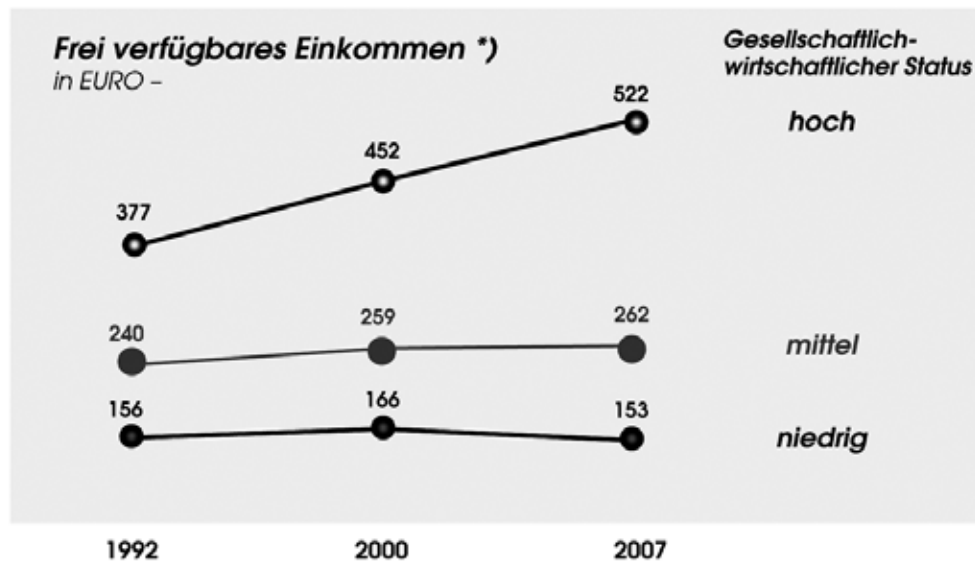
Quelle: Sozioökonomisches Panel, zit. nach: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 10/2008

© IfD-Allensbach

Auch die Trendanalysen des Allensbacher Instituts zeigen eine Veränderung der Größenordnung der sozialen Schichten wie ihrer wirtschaftlichen Situation. Dies lässt sich gerade auch aus der Entwicklung der frei verfügbaren Einkommensteile ablesen, also der Ressourcen, die einem Haushalt nach Begleichung der notwendigen Lebenshaltungskosten zur freien Verfügung bleiben. Die oberen sozialen Schichten verzeichnen hier seit den frühen 1990er Jahren eine kontinuierliche Verbesserung ihrer materiellen Situation, während in der Mittelschicht die frei verfügbaren Budgets nominal seit dem Jahr 2000 stagnieren und real rückläufig sind. Die unteren Sozialschichten verzeichnen nominal wie real Einbußen:

Entsprechend hat sich auch die subjektive Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Schich-

Soziale Differenzierung bei den frei verfügbaren Budgets



*) Dies ist der Betrag, der im Monat durchschnittlich zur freien Verfügung bleibt, wenn alle laufenden Kosten wie Miete, Heizung, Kleidung, Essen und Trinken beglichen sind.

Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 14 Jahre
Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalysen

© IFD-Allensbach

ten unterschiedlich entwickelt. Während die Oberschicht heute eine ähnliche Bilanz zieht wie in den 1990er Jahren, ist die Zufriedenheit der Mittelschicht und besonders der Unterschicht mit den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen signifikant abgesunken.

In einer Gesellschaft, die über Jahrzehnte in Frieden und Freiheit gelebt und eine beeindruckende wirtschaftliche Leistung erbracht hat, sind wachsende soziale Unterschiede eine eigentlich selbstverständliche Begleiterscheinung – will man nicht Einkommen, Vermögen und Erbschaften konfiskatorisch besteuern. Unterschiedliche Einkommen schaffen unterschiedlichen Spielraum für die Altersvorsorge und Vermögensbildung; Erbschaften und Schenkungen fallen zwangsläufig in den sozialen Schichten asymmetrisch an, so dass sich die materiellen Voraussetzungen der jungen und mittleren Generation in den verschiedenen Schichten heute von vornherein sehr unterschiedlich gestalten.

Eine wachsende soziale Differenzierung ist auch nicht per se kritisch. Ihre Bewertung entscheidet sich vielmehr an zwei Anforderungen: zum einen daran, ob es gelingt, eine befriedigende Situation der sozialen Unterschicht sicherzustellen und zu verhindern, dass diese Unterschicht sich nur noch als Empfänger staatlicher Transferzahlungen erhalten kann. Zum anderen steht und fällt die Bewertung sozialer Unterschiede mit der Durchlässigkeit der sozialen Schichten. In einer durchlässigen Gesellschaft können soziale Unterschiede erhebliche Antriebskräfte mobilisieren, durch den Anreiz des sozialen Aufstiegs wie durch das Risiko des sozialen Abstiegs. In einer statischen Gesellschaft, in der die sozialen Schichten wie zementiert empfunden werden, ist Statusfatalismus weit verbreitet und damit auch ein tiefes Abhängigkeitsgefühl weiter Bevölkerungskreise von den staatlichen Transferleistungen.

Die deutsche Gesellschaft erfüllt diese Anforderung der Durchlässigkeit bisher jedoch nur in völlig unbefriedigendem Maße. Dies zeigt unter anderem die im internationalen Vergleich auffallende Schichtabhängigkeit des Besuchs der verschiedenen Schulgattungen wie der schulischen Leistungen von Kindern. Dies ist keineswegs mit einem mangelnden Aufstiegswillen der unteren und mittleren Sozialschichten zu erklären. 70 Prozent der Eltern aus der Unterschicht, auch knapp die Hälfte der Eltern aus der Mittelschicht wünschen sich, dass es ihren Kindern später einmal besser gehen soll als ihnen selbst. Die Bereitschaft von Eltern, zugunsten der Chancen ihrer Kinder Opfer zu bringen, ist quer durch alle Schichten groß. 80 Prozent der Eltern aus der Unterschicht, 77 Prozent der Mittelschichteltern sind bereit, für ihre Kinder auf vieles zu verzichten, um ihnen möglichst viele Chancen zu eröffnen². Damit ist sozialer Aufstieg insbesondere für die unteren Sozialschichten ein wichtiges Ziel.

Gleichzeitig ist jedoch gerade in den unteren und mittleren Schichten die Skepsis weit verbreitet, ob die deutsche Gesellschaft ausreichend durchlässig ist, um sozialen Aufstieg möglich zu machen. Zwei Drittel der unteren Sozial-schichten, auch die Hälfte der Mittelschicht sind über-zeugt, dass sozialer Aufstieg in Deutschland vor allem den Bevölkerungskreisen offensteht, die in der Schichthierar-chie bereits relativ weit oben angesiedelt sind. Nur eine Minderheit geht davon aus, dass sozialer Aufstieg in Deutschland grundsätzlich für jeden möglich ist, unabhän-gig von seiner Herkunft:

Geringes Vertrauen in die Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft in der Mittel- und Unter-schicht	Bevölke- rung ins- gesamt	Sozioökonomischer Status		
		Hoch %	Mittel %	Niedrig %
Sozialer Aufstieg ist grundsätzlich für jeden möglich, unabhängig von der gesellschaftlichen Schicht, aus der man kommt.	37	49	38	24
Sozialer Aufstieg ist vor allem etwas für diejeni-gen, die schon relativ weit oben sind. Für die Masse der Bevölkerung gilt das aber nicht.	51	38	50	65
Unentschieden	12	13	12	11
Summe	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10018

Während Abstiegsängste eng mit der konjunkturellen Ent-wicklung zusammenhängen und in der Phase der Wachs-

tumsschwäche bis 2005 weit verbreitet waren, sich aber danach wieder zurückgebildet haben, ist die Skepsis in Bezug auf die Chancen des sozialen Aufstiegs in der Bevölkerung festgefügt.

Die insbesondere in den unteren, aber auch in den mittleren Schichten weit verbreitete Überzeugung, dass die deutsche Gesellschaft nur sehr eingeschränkt durchlässig ist, fördert zwangsläufig Statusfatalismus. 40 Prozent der gesamten berufstätigen Bevölkerung, 59 Prozent der Berufstätigen aus der Unterschicht sind überzeugt, dass die sozialen Schichten zementiert sind und dass sie deswegen ihren sozialen Status nicht durch Leistung beeinflussen können.

Gleichzeitig beeinflusst die Einschätzung, wie viel man durch eigene Initiative und Leistung bewegen kann, in hohem Maße die Vorstellungen von der Aufgabenverteilung zwischen Bürgern und Staat. Je größer das Vertrauen ist, die eigene Situation durch Leistung und Initiative verbessern zu können, desto ausgeprägter ist die Präferenz der Bürger für Freiheit und einen zurückhaltenden Staat. Da dieses Zutrauen in die eigenen Kräfte wie auch das Abhängigkeitsgefühl von der Unterstützung des Staates eng schichtgebunden sind, unterscheiden sich zwangsläufig auch die Präferenzen der sozialen Schichten in Bezug auf das Verhältnis von Bürger und Staat. Nur die Oberschicht favorisiert mit absoluter Mehrheit ein Modell, bei dem die Bürger so viel wie möglich Verantwortung für sich selbst übernehmen, während in der Unterschicht das Modell des ausgreifenden Staates favorisiert wird, der soweit wie möglich den Bürgern Verantwortung abnimmt. Die Leistungsbereitschaft und Verantwortungsfreude der Bürger hängt in hohem Maße davon ab, ob eine Gesellschaft Leistung belohnt und sozialen Aufstieg möglich macht.

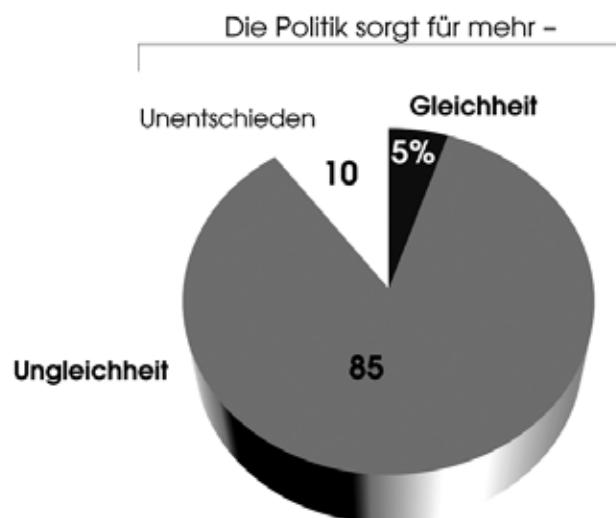
Angesichts des ausgreifenden Sozialstaates liegt die Frage nahe, ob nicht ein weit verbreiteter Statusfatalismus

und insbesondere das Abhängigkeitsgefühl der unteren Sozialschichten von einem starken fürsorglichen Staat vielen politischen Akteuren durchaus gelegen kommen. Je stärker das Abhängigkeitsgefühl, desto größer sind die Spielräume des Staates für Einflussnahme und Regulierung. Die Einschätzung der Rolle der Politik und ihres Beitrags zum sozialen Ausgleich zeigen jedoch, dass gerade auch die Politik zu den Verlierern einer unzureichend durchlässigen Gesellschaft gehört.

Eine Gesellschaft, in der die sozialen Schichten als zementiert gelten, erwartet von der Politik mehr Maßnahmen zum sozialen Ausgleich als möglich und mit einer freien und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft verträglich sind. Während der Staat mit Hilfe der Steuerpolitik und der Transferzahlungen seit Jahrzehnten Ressourcen von den oberen Sozialschichten an die unteren umverteilt und so für sozialen Ausgleich sorgt, gilt die Politik völlig stabil in der Bevölkerung nicht als Generator von Gleich-

Politik gilt als Generator von Ungleichheit

Frage: "Sorgt die Politik für mehr Gleichheit zwischen Ärmern und Reicheren, oder trägt die Politik dazu bei, dass die Unterschiede zwischen Ärmern und Reicheren größer werden?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 7096

© IFD - Allensbach

heit, sondern von Ungleichheit. 85 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass die Politik für mehr Ungleichheit sorgt, nur 5 Prozent schreiben ihr einen Beitrag für den Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungskreisen zu.

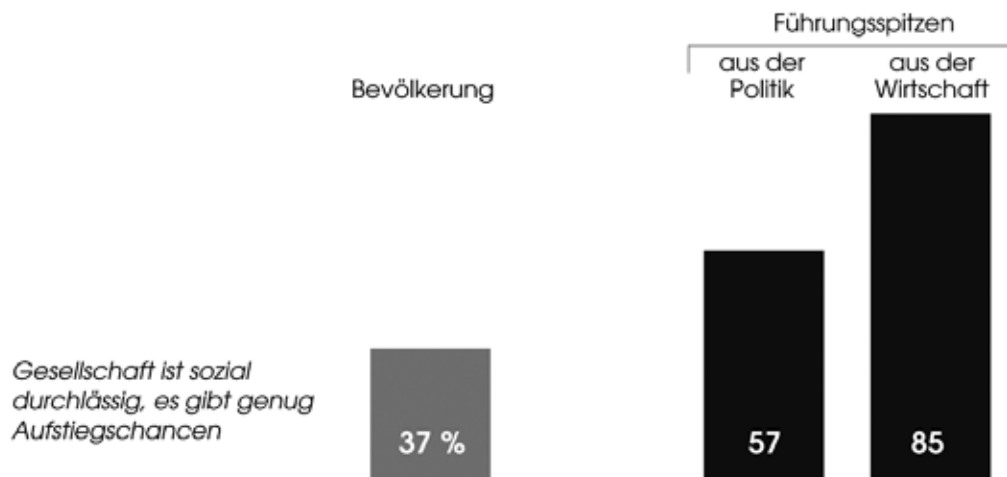
An dieser Einschätzung ändern auch Maßnahmen der Parteien, die den Umverteilungswillen in besonderem Maße demonstrieren sollen wie die Reichensteuer, Forderungen nach einer höheren Erbschaftssteuer oder der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, nichts. In einer Gesellschaft, die als unzureichend durchlässig empfunden wird und in der entsprechend die Hoffnungen weiter Bevölkerungskreise überwiegend oder ausschließlich auf der Umverteilungspolitik des Staates ruhen, wird der Staat immer zu kurz springen und die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllen. Eine verbesserte Durchlässigkeit der Gesellschaft eröffnet damit nicht nur mehr Chancen für die Bevölkerung, sondern entlastet auch den Staat von überbordenden Erwartungen.

Die Verbesserung der Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft setzt jedoch unter anderem voraus, dass Politik und Wirtschaft diesem Ziel größere Bedeutung beimessen als bisher. Anders als die Bevölkerung ist die Mehrheit der Führungsspitzen aus der Politik und besonders der Wirtschaft überzeugt, dass die deutsche Gesellschaft ausreichend Aufstiegschancen bietet und entsprechend durchlässig ist. 57 Prozent der Führungsspitzen aus der Politik, 85 Prozent der Führungsspitzen aus der Wirtschaft halten die deutsche Gesellschaft für ausreichend durchlässig.

Diese unterschiedliche Sichtweise liefert eine Erklärung, warum die ausgeprägte Schichtgebundenheit der Bildungswege in Deutschland und die insgesamt unbefriedigende Durchlässigkeit lange Zeit nicht zum gesellschaftlich diskutierten Thema und zur vorrangigen Aufgabe erhoben wurden. Die zunehmende soziale Differenzierung erzwingt

Sehr unterschiedliches Vertrauen in die soziale Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft

Frage: "Ist unsere Gesellschaft Ihrer Ansicht nach sozial durchlässig, bietet sie ausreichend Aufstiegschancen, oder würden Sie das nicht sagen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland: Bevölkerung ab 16 Jahre bzw. Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 10018 und 5222

© IFD - Allensbach

nun diese gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Ob eine Gesellschaft mit größeren sozialen Unterschieden leben kann, hängt nicht nur von der sozialen Absicherung der Unterschicht ab, sondern in hohem Maße auch davon, ob die eigene Position als unbeeinflussbares Schicksal empfunden wird oder als Ausgangsbasis, die durch Leistung verbessert werden kann.

Anmerkungen

¹ DIW-Wochenbericht Nr. 10/ 2008: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?

² Quelle: IfD-Untersuchung im Auftrag der Quandt-Stiftung, 2008.